

Ursula Schaile*

Der Arbeitskampf der Druckerbeiter in der Tarifrunde 1976

I. Die tarifpolitische Situation 1975/76

Der Druckerstreik, eine unübliche Antwort einer kleinen DGB-Gewerkschaft auf die große Krise, kam zwar überraschend, aber aus guten Gründen. Zu begreifen ist er im wesentlichen aus den spezifischen Bedingungen der Branche und den Reaktionsmöglichkeiten der Betroffenen. Seine gewerkschaftspolitische Bedeutung kann aber erst voll erfaßt werden, wenn wir uns die gesamtwirtschaftliche und politische Situation vergegenwärtigen, in der das Handlungsbarometer für die Gewerkschaften eher auf Zurückhaltung als auf Sturm stand.

1974/75 erlebte die westdeutsche Wirtschaft ihre bisher schwerste Krise der Nachkriegszeit. Massenarbeitslosigkeit und Kurzarbeit erzeugten unter den Arbeitern und Angestellten existentielle Verunsicherung und damit eine Verschlechterung der gewerkschaftlichen Kampfkraft. Auf der anderen Seite wurde von Unternehmerverbänden, Wirtschaftsinstituten und Bundesregierung eine Entlastung von den Lohnkosten als Haupthebel zur Krisenüberwindung und Förderung der Investitionsneigung der Unternehmer propagiert. Der Druck auf die gewerkschaftliche Tarifpolitik steigerte sich im Sommer und Herbst 1975 bis zur Forderung nach einer „Lohnpause“. Auch als sich Anfang 1976 in verschiedenen Branchen eine Produktionsbelebung abzeichnete und die Kurzarbeit zurückging, blieben zentrale tarifpolitische Daten unverändert: über eine Millionen Arbeitslose und die Empfehlung von Bundesbank, Bundesregierung und Sachverständigenrat, daß im Jahresdurchschnitt 1976 die Lohnsteigerungen 5 % nicht übersteigen sollten.

Der Bewegungsspielraum der DGB-Gewerkschaften war durch die eigene Strategie zusätzlich eingeengt. Zur Überwindung der Krise waren die Gewerkschaften grundsätzlich zur Kooperation mit Vertretern der staatlichen Wirtschaftspolitik bereit, zumal eine weitgehende Übereinstimmung mit den Analysen und Krisenbewältigungskonzeptionen der SPD-Wirtschaftspolitiker bestand. Die politische Loyalität zur SPD verlangte aber gleichzeitig eine vorausschauende Koordination der Lohnauseinandersetzung mit dem politischen Hauptereignis des Jahres: die Bundestagswahlen sollten für die SPD nicht durch einen heißen Herbst in den Betrieben belastet werden. Damit wurde die Höhe des gewerkschaftlichen Stabilitätsbeitrages zur entscheidenden Frage.

Unter Aussetzung der bisher praktizierten „aktiven Tarifpolitik“ formulierten die meisten Einzelgewerkschaften als Ziel der Lohnrunden einen *Inflationsausgleich*.

* in Zusammenarbeit mit dem Redaktionskollektiv Gewerkschaften und anderen Kollegen, die den Aufsatz durch schriftliche und mündliche Beteiligung ermöglicht haben, insbesondere *Georgia Tornow, Gerhard Armanski, Hans Bernd Weber*.

Die Höhe der Forderungen bewegte sich durchweg im Rahmen der Empfehlungen der Bundesregierung, wenn man den normalen „Reibungsverlust“ in den Verhandlungen mit einkalkuliert. Differenzen bestanden lediglich in der Art der aufgestellten Forderung und in Einzelheiten der lohnpolitischen Taktik, je nach den Möglichkeiten zur Vereinheitlichung nach innen (1). Die dann von zahlreichen Warnstreiks und Demonstrationen in den regionalen Zentren der jeweiligen Einzelgewerkschaften begleiteten Verhandlungen führten zu Abschlüssen zwischen 5 und 5,4 % und entsprachen damit in etwa den Vorstellungen der Regierung und der Unternehmerverbände. Für die betroffenen Beschäftigten bedeuteten sie faktisch nicht nur eine Reallohnsenkung, sondern auch eine kampflose Hinnahme von Umverteilungsprozessen. Denn bei einem leichten Aufschwung und hohen Produktivitätssteigerungen sowie 5-6 % Preissteigerungen zeichnen sich nicht nur Reallohnverlust ab, auch die Unternehmergewinne werden rapide steigen.

Den unzureichenden Ergebnissen angemessen waren die beschwichtigenden gewerkschaftlichen Kommentare zu den Abschlüssen: Die DPG sprach von „noch vertretbar“, H. Mayr von der IGM meinte, daß „bei der Einschätzung der materiellen Seite Nüchternheit geboten“ sei, wobei besonders der gesellschaftliche Hintergrund dieser Lohnbewegung einbezogen werden müßte: „Wir haben eine harte tarifbewegung hinter uns, wir haben harte gesellschaftspolitische auseinandersetzungen vor uns . . . Das gewerkschaftliche bewußtsein ist intakt, jetzt gilt es, brücken zu schlagen zum politischen bewußtsein.“ (2)

Das Fazit der nach Auffassung der meisten DGB-Gewerkschaften nun bereits gelaufenen Tarifbewegung 1976 sprach G. Fehrenbach von der DPG am eindeutigsten aus: „Allen Beteiligten ist die Entscheidung schwer gefallen. Aber auf dem Verhandlungsweg war eine stärkere Erhöhung der Löhne und Gehälter nicht durchsetzbar.“ (3)

II. Die Hintergründe des Druckerstreiks

Daß die Tarifkommission der IG Druck und Papier in diesem Jahr ihre im Verhältnis zu den anderen Gewerkschaften höhere und weitergehende Forderung nach *Reallohnabsicherung* nicht am Verhandlungstisch fallen ließ, sondern bewußt eine Konfrontation mit dem Druckkapital und eine partielle Infragestellung der sozialdemokratischen Krisenbewältigungskonzeption in Kauf nahm, liegt keineswegs an den von den bürgerlichen Massenmedien und dem Bundesverband Druck (BVD) während des Streiks suggerierten Gründen. Auf das von der IG Druck und Papier konsequent praktizierte Motto „kampfunfähig auch in der Krise“ konnten diese – von wenigen Ausnahmen abgesehen – publizistisch nur mit einer ungläublichen Verleumdungskampagne antworten: In der IG Druck und Papier hätten die „radikalen Intelligenzler“

- 1 Auf Einzelheiten der verschiedenen Lohnrunden kann hier nicht eingegangen werden.
- 2 Der Gewerkschafter, Monatszeitschrift für die Funktionäre der IG Metall, 5/76, S.3
- 3 Deutsche Post, Organ der deutschen Postgewerkschaft, 8/7, S. 3

(4) und „promovierten Systemveränderer“ (5) „schon das Zentrum der Gewerkschaftsmacht erobert“, um ihren „Kampfauftrag“ zu erfüllen: „Nicht Kosmetik am Kapitalismus, sondern seine Überwindung“ (4), oder aber? die „zweifelloso von RGO Leuten terrorisierten“ IG Druck-Funktionäre seien großenwahnsinnig geworden. Daß es zum Arbeitskampf kam, liegt auch nicht an der „Maß- und Verantwortungslosigkeit“ der Drucker und Setzer, die angeblich ohnehin schon an der zweiten Stelle in der Lohnskala liegen.

Die Politik, die die IG Druck und Papier in den letzten Jahren hinsichtlich Arbeitsbedingungen, Arbeitsplatzsicherung und Rationalisierung gemacht hat, unterscheidet sich weder in ihrer Form noch von ihren Ergebnissen her wesentlich von der anderer DGB-Gewerkschaften (siehe II/2). Dasselbe gilt für die Lohnpolitik: mit Ausnahme der Tarifrunde 1973, wo es durch einen zweistündigen Zeitungsstreik gelang, dem überraschten BVD rund 2 % mehr Lohnerhöhung abzutrotzen, als die anderen Gewerkschaften auf dem Verhandlungsweg erreicht hatten (10,8 % gegenüber 8,5 % bei der IGM), bewegten sich die Lohnabschlüsse für die Druckindustrie in den Jahren 1968 bis 1975 im Rahmen des allgemein Üblichen (7).

Das heißt, die IG Druck und Papier ist eine für bundesrepublikanische Verhältnisse „normale Gewerkschaft“. Ihre Politik ist bestimmt durch die Einordnung in das soziale und wirtschaftliche System der BRD, die in Verbindung mit der jeweiligen SPD-Politik Form und Inhalt der Herstellung des jeweiligen Kompromisses zwischen Kapital- und Arbeiterinteressen prägt. Dieser soziale Konsens läßt sich jedoch nicht zu allen Zeiten umstandslos herstellen. Die hierbei aufbrechenden Widersprüche können innerhalb der Gewerkschaftsbewegung Forderungen und Aktionsformen hervorbringen, die die Integration in Frage stellen und Ansatzpunkte für die Entwicklung eines antikapitalistischen Bewußtseins bilden. Andererseits schließt eine am Klassenkompromiß im oben bestimmten Sinne orientierte Gewerkschaftspolitik die Möglichkeit eines kämpferischen Widerstandes gegen die vom System ge-

4 Welt am Sonntag vom 16.5.76

5 Die Zeit vom 14.5.76

6 Die Druckwelt vom 28.4.76

7 „In diesem Jahr geht es allein um eine angemessene lineare Erhöhung der Löhne, deren Größenordnung mit unserer Forderung nach 10 Prozent im Bereich dessen signalisiert ist, was in der Wirtschaft allgemein gang und gäbe ist.“ aus: Druck und Papier, Zentralorgan der Industriegewerkschaft Druck und Papier, 6/7, „So kam die Forderung zustande“.

„Keine Gewerkschaft hat in dieser Lohn- und Gehaltsrunde 1975 triumphale Gefeierte. Die bisherigen Abschlüsse, sicher auch die noch folgenden, stehen im Zeichen des konjunkturellen Einbruchs. In der Druckindustrie kommt zur konjunkturellen eine strukturelle Krise . . . Das ist der reale Hintergrund dieses Lohnabschlusses, den niemand . . . als rauschenden Erfolg feiern wird. Es ist ein Abschluß des Augenmaßes und der Verantwortung – was immer extreme Sektierer und hoffnungslose Fantasten dazu sagen mögen. In der Sprache der Realisten gesagt: Mehr war diesmal nicht drin. Lohnpolitik kann nicht gegen die wahren Interessen der Arbeitnehmer gemacht werden und schon gar nicht gegen die Bedenken, Sorgen, Ängste der Arbeitnehmer.“

Es ist eine Tatsache, daß heute die Angst um den Arbeitsplatz das Bewußtsein dieser Arbeitnehmer beherrscht. Vor diesem Hintergrund haben Urabstimmung und Streik wenig Chancen, vor allem, wenn es nur um einige zehntel Prozent gehen kann.“ Aus: Druck und Papier 8/75, „was von 6,4 % zu halten ist“.

forderten Ansprüche ein – vor allem dann, wenn existentielle Interessen der Lohnabhängigen bedroht sind – mit dem Ziel, der Wiederherstellung des sozialen Konsens auf einer Grundlage, die der gewerkschaftlichen Interessenvertretung die Erhaltung ihrer Funktion garantiert. Die IG Druck und Papier ist eine Gewerkschaft, in der sich diese auf verschiedenen Ebenen angesiedelten Widersprüche seit 1949 kontinuierlich und in den letzten Jahren verstärkt in innerorganisatorischen Diskussionen und Auseinandersetzungen um die Ausrichtung der Gewerkschaftspolitik niedergeschlagen haben. Diese Diskussion läßt sich in Ansätzen zwei Richtungen erkennen: Während ein Teil der Organisation auf eine konsequentere Formulierung und Vertretung der eigenen Interessen auch und gerade in der Krise drängt, will der andere Teil die Bindung an das „Gemeinwohl“ nicht aufgeben und daher vor allem in Krisenzeiten auf eine offensive Politik verzichten, in der Erwartung, daß ein baldiger wirtschaftlicher Aufschwung wieder günstigere Bedingungen für einen Kompromiß am Verhandlungstisch schafft. Diese beiden Richtungen lassen sich jedoch nicht an dem „Ordnungsschema“ hier Basis dort Führung festmachen, sondern gehen quer durch alle Ebenen der Organisation, wobei allerdings auf der höheren Funktionärs-ebene sehr unterschiedliche Motive für die jeweilige Unterstützung der einen oder anderen Position ausschlaggebend sind.

Das Ereignis des Druckerstreiks in einer Situation der Krise und der Massenarbeitslosigkeit kann als erstes deutliches Anzeichen dafür gewertet werden, daß sich – zumindest vorübergehend – in der IG Druck und Papier eine Strömung durchgesetzt hat, die eine kämpferische Verteidigungsstellung gegen die weitere Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen aufbauen will. „Es waren nicht die Musikanten, es waren die tatsächlichen Verhältnisse, die die Massen zum ‚Tanzen‘ brachten. Aber die Verhältnisse zwangen auch die Musikanten zum Aufspielen.“ (8) Die objektiven und subjektiven Gründe, die diese Entwicklung in der IG Druck und Papier hervorgebracht haben, müssen daher herausgearbeitet werden. Im folgenden sollen Thesen dazu entwickelt werden, wie die Branchenentwicklung innerhalb der IG Druck und Papier in der Vorphase des Streiks verarbeitet wurde, welche Konsequenzen sich für die Organisation daraus ergaben und was schließlich ausschlaggebend dafür war, daß die IG Druck und Papier in diesem Jahr der „Lohnführerschaft“ der anderen DGB-Gewerkschaften nicht gefolgt ist. Ferner sollen anhand des Verlaufs und der Ergebnisse der Lohnrunde die Widersprüche und Handlungszwänge aufgezeigt werden, in die eine Einzelgewerkschaft gerät, wenn sie zu einer kämpferischen Interessenvertretung gezwungen wird.

1. *Vom Handwerk zur Industrie - branchenspezifische Veränderungen im Druckbereich*

Die materiellen Bedingungen gewerkschaftlicher Politik in der Druckindustrie unterscheiden sich auf den ersten Blick nur wenig von anderen Branchen. Mit Reallohnab-

8 Th. Münzer, unveröffentlichtes Manuskript, S. 6

bau in der Krise, Kurzarbeit, Entlassungen und Betriebsschließungen zeigen sich die gleichen durch die zyklische Kapitalkrise hervorgerufenen Probleme. Dennoch besteht ein wesentlicher Unterschied: in der Druckindustrie läuft seit Mitte der sechziger Jahre ein überzyklischer Rationalisierungsprozeß ab, der die Branche von einer eher handwerklich-manufaktuellen Produktionsstufe zu einer mechanisierten, teil- bzw. vollautomatischen Produktionsstufe überführt. Dieser Prozeß war zwar schon seit Jahrzehnten im Bereich Druck im Gange und vor allem im Zeitungsdruck bereits weit vorangeschritten. Seit etwa zehn Jahren, beschleunigt durch den industriellen Zyklus, erfaßt er aber auch den Bereich Satz und die Akzidenzdruckereien und führt tendenziell zu einer völligen technologischen und strukturellen Umwälzung der Branche. Der hohe Anteil lebendiger Arbeit in der Druckindustrie und ein hohes Lohnniveau aufgrund der für die Arbeiter günstigen Arbeitsmarktverhältnisse hatten auf die Mehrwertrate gedrückt; andererseits war die Steigerung der Arbeitsproduktivität wegen der relativ niedrigen Technologisierung der Produktion nur begrenzt möglich gewesen. Ohne die dadurch notwendig gewordene Anpassung der Druckindustrie an das vorherrschende gesellschaftliche Produktionsniveau und ihre Folgen für die qualifizierten Drucker und vor allem Setzer ist die Dynamik und relative Militanz des Druckerstreiks nicht zu erklären.

Der traditionelle Typ des Druckarbeiters war von den Besonderheiten des Arbeitsprozesses und den Produktionsformen sowie der Sozialorganisation der Branche stark geprägt. Die relative Kleinheit, Homogenität und Überschaubarkeit der Branche, das Vorherrschen der Klein- und Mittelbetriebe, der enge Kontakt zwischen Vorgesetzten und Arbeitern, der eher handwerkliche Arbeitsprozeß erzeugten von der industriellen Massenproduktion erheblich unterschiedene gemütlichere und konfliktärmere Beziehungen im Betrieb. Dispositionsspielraum, Produktorientierung, der Überblick der Setzer und Drucker über die gesamte Fertigung, der „Hand-Kopf-Charakter“ der Setzertätigkeit sowie das Qualifikations- und Qualitätsbewußtsein gewährleisteten eine „ungewöhnlich hohe arbeitsinhaltliche Motivation und Identifikationsmöglichkeiten mit dem Beruf“ (9) Das galt zwar schon lange nicht mehr für alle Betriebe und Abteilungen, denn in den Großbetrieben der Zeitungsherstellung und im Tiefdruckbereich hatte sich teilweise schon seit Jahrzehnten die industrielle Fließproduktion durchgesetzt. Der beschriebene traditionelle Typ des Druckfacharbeiters hatte aber nach wie vor eine wichtige Stellung im Produktionsprozeß und bestimmte auch weitgehend personell und politisch die Gewerkschaftsaktivitäten.

Die Durchsetzung des industriellen Krisenzyklus in der BRD und die durch ihn beschleunigten technologischen Umwälzungen und arbeitsorganisatorischen Straffung führten zu wesentlichen Veränderungen dieser Verhältnisse: Im Bereich Druck wird beschleunigt vom Hoch- auf den Offsetdruck umgestellt. Das Schwergewicht der Rationalisierung liegt aber auf den „Engpässen“ Satzherstellung und Texterfassung. Lochbandgesteuerte Zeilengußmaschinen, Computersatz, Schreib- und Fotosetzgeräte verdrängen immer mehr die manuellen Zeilengußmaschinen des Bleisatzes. Gleichzeitig dringen die Lese- und Bildschirmgeräte in die

9 Stefan Lohr, Qualifikationsveränderungen bei Setzern, Staatsexamensarbeit Hannover, Januar 1976, S. 24.

Redaktionsstuben ein. In der Tendenz vereinigen sie Satz- und Redaktionsarbeit in einem Gang. Die Einzelmaschinen „werden zu Systemen zusammengestellt, erhalten als Periferie neben großen Speichereinheiten noch Bildschirmgeräte, Matrixdrucker und ähnliches, so daß ein Traum der Zeitungshersteller fast in Erfüllung gehen kann: der Ganzseitenumbruch über den Computer.“ (10)

Die hohen Beschaffungskosten der komplizierten Maschinerie übersteigen die Finanzkraft vieler kleinerer Betriebe. Während einerseits große Druckzentren entstehen, gehen andererseits viele Klein- und Mittelbetriebe pleite, sofern es ihnen nicht gelingt, sich zu spezialisieren oder mit anderen Betrieben zu kooperieren. Begrenzt durch die Notwendigkeit der Verwertung des vorgeschossenen Kapitals und den Markt für Druckerzeugnisse kann sich die Produktion nicht so schnell ausdehnen, wie Druckerbeiter durch Rationalisierung und Betriebschließung freigesetzt werden. Daraus folgt auf Seiten des Druckkapitals eine zunehmende Polarisierung zwischen Zeitungsdruckereien und großen Druckzentren einerseits und kleinen und mittleren Akzidenzdruckereien andererseits. Der technologische Innovationsprozeß der letzten Jahre führt zum Aufbau enormer Überkapazitäten, als Folgen eines erbarmungslosen Konkurrenzkampfes, die wiederum den Ausgangspunkt für weitere Betriebsschließungen und Kapitalvernichtungsprozesse bilden. Die Kehrseite davon ist eine enorme Arbeitsplatzvernichtung. Auf diese Weise gingen seit 1970 in der Druckindustrie über 30 000 Arbeitsplätze verloren, während sich gleichzeitig die Investitionen gegenüber dem Zeitraum davor im Jahresdurchschnitt verdoppelten (11). Es wird geschätzt, daß die Umstellung von Blei- auf Fotosatz etwa jeden zweiten Arbeiter in der Setzerei im Sinne des Kapitals „überflüssig“ machte. Der personalsparende Charakter der gegenwärtigen Investitionen läßt kaum auf ein absehbares Ende der Arbeitsplatzvernichtung hoffen. Dadurch entsteht eine branchenspezifische industrielle Reservearmee, die auf die Löhne drückt. „Umschulungen und Umsetzungen in völlig andere Branchen nach dem Modell der Ruhrkohle sind wegen der spezifischen Qualifikation des Druckpersonals und wegen der hohen Löhne nur bedingt möglich“. (12) Außerdem trifft die Branchenarbeitslosigkeit seit 1974/75 mit der allgemeinen Krise und der durch sie hervorgerufenen Arbeitslosigkeit zusammen und verschärft dadurch die Situation der arbeitslosen Setzer und Drucker noch weiter.

Hinzu kommt, daß der „Sprung von der Mechanik zur Elektronik“ (13) für die verbleibenden Arbeiter den Inhalt ihrer Arbeit wesentlich verändert. Die Elektronik trennt die Setzer und Metteure vom bisherigen konkreten Bezug zum Arbeitsmaterial Blei, sie erfordert abstrakteres und schnelleres Arbeiten unter größeren nervlichen Belastungen. Während diese Umstellung für jüngere Facharbeiter, die in ihrer Ausbildung bereits Fotosatzkenntnisse und -fertigkeiten erworben haben, noch einigermaßen reibungslos verläuft, wird sie für viele ältere berufserfahrene und hochqualifizierte Facharbeiter zu einer unerhörten Zumutung, die sie häufig resignieren und aus dem Gewerbe ausscheiden läßt. Die komplizierten Maschinenaggre-

10 Druck und papier 14/1975, Fachbeilage Form und Technik

11 Druck und papier 6/1976, S. 9

12 Dietrich Ratzke, Der Redakteur am Bildschirm, in: FAZ v. 29.5.76

13 Druck und papier 14/1975

gate sind in ihrer technischen Struktur vom Setzer nicht mehr zu durchschauen, die Qualifiktionen sinken und spalten sich auf.

„Der Stereotypur wird umgeschult zum Drucker und wird, wie dieser, zum Knopfdrucker an ihm fremden Maschinen. Der Korrektor wird zum Hilfsarbeiter für das elektronisch steuernde Korrekturband. Der Redakteur wird zusätzlich zum Hilfskorrektor und zunehmend auch zu seiner eigenen Sekretärin. Alle, ob zwanzig oder sechzig Jahre alt, werden gezwungen, Kurse im Zehnfinger-Schreibmaschinen-System mitzumachen und Mindestleistungen zu erreichen. Die Umschulung auf Eingaben für Computer und Komposer rüttelt an ihren Nerven. Setzer und Maschinensetzer werden hektisch umgeschult zu Dateneingebem, Hilfsmonteuren und Bildklebern. Mindestens ebenso wie der drohende Verfall ihres Lebensstandards bedrückt sie, daß alles, was sie gelernt und oft jahrezehntelang ausgeübt haben, nichts mehr wert ist, daß sie bald durch jeden ersetzt werden können, der ein halbes Jahr in einem Fotolabor angelernt wurde . . . Ihr Beruf, in den sie in Schicht- und Sonntagsarbeit und in Stoßzeiten mit Überstunden, mit mehrfacher Fortbildung an moderneren Maschinen und Methoden ihre Intelligenz und ihre Kraft, den wesentlichen Teil ihres Arbeits- und Privatlebens investiert hatten, ist wertlos geworden und mit diesem werden nach und nach sie selbst in den Kehrichteimer geworfen.“ (14)

In den modernen Druckzentren ist der Anteil der Un- und Angelernten an den Belegschaften bereits höher als der Anteil der Facharbeiter. Die neuen Produktionssysteme bieten zudem ganz neue Möglichkeiten für die Straffung der Arbeitsorganisation und Erhöhung der Arbeitsintensität. Mit ihnen hat sich das Kapital die Bedingungen geschaffen, um den bisher brachenüblichen Zeitlohn durch neue Entlohnungssysteme (z.B. Leistungs- und Prämienlohn) zu ersetzen.

2. *Die gewerkschaftliche Reaktion auf die Branchenkrise*

Diese Entwicklungstendenzen des Branchenkapitals konnten sich in den letzten Jahren aus verschiedenen Gründen relativ reibungslos durchsetzen. Erstens weil sie bis Herbst 1974 aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Situation noch nicht so krasse Auswirkungen wie gegenwärtig zeitigten. Die meisten Freigesetzten fanden einen anderen Arbeitsplatz im Druckbereich oder konnten umgeschult werden. Zweitens weil die technologischen Umstellungen, arbeitsorganisatorischen Rationalisierungen, Stilllegungen und Fusionen ungleichzeitig in den verschiedenen Betrieben und Regionen durchgeführt wurden und dadurch lange Zeit die tendenzielle Betroffenheit aller Druckereiarbeiter und -angestellten verborgen blieb. Die Notwendigkeit, sich kollektiv dagegen zu wehren, stellte sich daher nur bei den direkt betroffenen Belegschaften her (1974 beispielsweise bei Gula in Heggen, bei DVA in Stuttgart und anläßlich der Pressekonzentration im Stuttgarter Raum) und auch dort nur über einen kürzeren Zeitraum. Aufgrund der geringen Kampferfahrung und schwachen Solidarität der Kollegen in anderen Betrieben konnte noch nicht das notwendige Widerstandspotential entwickelt werden, um die Angriffe des Kapitals abzuwehren. Drittens hat die Gewerkschaftsführung die Entwicklung in den letzten zehn Jahren zwar „aufmerksam beobachtet“ (15) und die technologische Entwicklung in der

14 Th. Münzer, a.a.O., S. 4 f.

15 Geschäftsbericht 1965 - 68, Industriegewerkschaft Druck und Papier, Hauptvorstand, Stuttgart, o.J., S. 444

Fachbeilage des Zentralorgans „Form und Technik“ sowie in gewerkschaftlichen Fortbildungskursen interessierten Kollegen dargestellt. Die Ausmaße des Prozesses und ihre gesellschaftspolitische Bedeutung wurden aber in den zurückliegenden Jahren kaum erkannt oder dort, wo sie formuliert wurden, nicht in kurzfristig durchsetzbare Forderungen und Ziele umgesetzt.

Durch die gesamtwirtschaftliche Krise 1974/75, die die sozialliberale Regierung weder verhindern, noch durch Konjunkturbelebungsprogramme im Sinne der Lohnabhängigen entscheidend beeinflussen konnte, haben sich die Probleme für die Druckarbeiter extrem zugespitzt. Erst jetzt wurden Vielen die Grenzen der bestehenden tariflichen Schutzbestimmungen und gewerkschaftlichen Mitbestimmungsrechte und damit auch indirekt der Charakter der kapitalistischen Rationalisierungsprozesse deutlich. Die ohnehin minimalen Einflußmöglichkeiten erwiesen sich als wertlos, wo die Kraft fehlte, sie solidarisch und ggfs. unter „extensiver Auslegung“ des rechtlichen Rahmens durchzusetzen. Selbst die festgeschriebene rechtzeitige Unterrichtung des Betriebsrats über geplante Rationalisierungsmaßnahmen erfolgte nur selten. Im Zeitungsbereich waren „Nacht- und Nebel-Aktionen“ unter dem Schutz des Tendenzparagraphen gang und gäbe. Dazu Heinz Müller, Hauptvorstandsmitglied, auf dem Gewerksschaftstag der IG Druck und Papier 1974:

„Immer noch wird die unternehmerische Entscheidungsfreiheit gesichert bis zum Ruin des Unternehmens . . . Die Mitbestimmung des Betriebsrates endet dort, wo die Unternehmenspolitik beginnt. Die Betriebsräte können erst dann eingreifen, wenn die eigentliche unternehmerische Entscheidung schon gefallen ist . . . Auch die sogenannte wirtschaftliche Mitbestimmung ist in Wahrheit keine Mitbestimmung über die Geschäftspolitik, sondern lediglich Mitbestimmung bei der Regelung der sozialen Konsequenzen unternehmerischer Entscheidungen.“ (16)

In den wenigsten Fällen, wie z. B. bei der Turmhaus Druckerei in Stuttgart, konnten durch das entschlossene Handeln von Betriebsrat und Belegschaft Umschulungsmaßnahmen und Personalpläne vereinbart werden. Meist blieb nur noch die Möglichkeit, einen Sozialplan für die gekündigten Beschäftigten auszuhandeln. Bei zahlreichen Betriebsschließungen konnten mangels Masse die Gewerkschaftsvertreter den betroffenen Belegschaften nur noch Ratschläge erteilen, weil sie am schnellsten zu dem ihnen zustehenden Konkursausfallgeld kommen. Entgegen den gewerkschaftlichen Erwartungen, die Rationalisierung so beeinflussen zu können, daß Produktionserweiterungen mit der gleichen Anzahl der Beschäftigten stattfinden, daß der erreichte Lebensstandard gesichert und verbessert werden kann und daß ein Ausgleich zwischen wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten stattfindet (wie im Rationalisierungsschutzvertrag festgelegt), ist das Gegenteil eingetreten. Auch andere manteltarifliche Bestimmungen werden unterlaufen. Obwohl im MTV Verhandlungen über die Tarifierung neu eingeführter Maschinensysteme und Arbeitstechniken festgelegt sind, ist es der IG Druck und Papier bisher nicht gelungen, eine entsprechende Zusage des BVD hinsichtlich der OCR-Geräte und Bildschirmterminals zu erhalten.

Das Krisenjahr 1975 brachte für die Beschäftigten neben der beschleunigten Einführung neuer Technologien und weiteren Betriebsschließungen verstärkten Per-

16 Protokoll Zehnter Ordentlicher Gewerksschaftstag, Industriegewerkschaft Druck und Papier, Hamburg 1974, Stuttgart, o.J., S. 285

sonalabbau, stärkere Arbeitsbelastungen, verschärftes Arbeitstempo und eine zunehmende innerbetriebliche Disziplinierung. Angriffe auf den Lohn erfolgten nicht nur durch den niedrigen Tarifabschluß, sondern auch durch den verstärkten Abbau übertariflicher Zulagen und betrieblicher Sozialleistungen (17). Die Angst um den Arbeitsplatz verschärfte die Konkurrenz und lähmte notwendige Widerstandskaktionen (18).

Im Nachhinein kann dieses Zurückweichen der Druckereiarbeiter vor den Angriffen der Kapitalisten als eine vorübergehende Phase begriffen werden, in der die Bedingungen für einen kämpferischen Widerstand noch nicht gegeben waren, sich aber über die bei vielen Kollegen wachsende Einsicht in die sich im Druckbereich vollziehenden Prozesse und ihre Folgen für jeden einzelnen verbesserten. Resignation und Zurückweichen wechselten sich ab mit Wut und Empörung über die eigene Ohnmacht, die in mehreren betrieblichen und regionalen Protestaktionen und Demonstrationen (z.B. in Stuttgart, Darmstadt, Hannover und Hamburg) ihren Ausdruck fanden. Mit diesen Mitteln versuchten die Arbeiter, Angestellten und Journalisten ihre Probleme in die Öffentlichkeit zu tragen und Verbindungen unter den einzelnen Belegschaften herzustellen.

Diese Erfahrungen blieben nicht ohne *Folgen für die gewerkschaftliche Gesamtorganisation*. Sie trafen zusammen mit der sich bei einem Teil der gewerkschaftlichen Führungskader durchsetzenden Erkenntnis, daß langfristig die Funktionsfähigkeit der Organisation bedroht ist, wenn es nicht gelingt, aus der organisationspolitischen Defensive heraus eine Widerstandsfront aufzubauen:

– Die Betrachtung der Mitgliederentwicklung zeigt, daß sich die Arbeitsplatzvernichtung allmählich negativ auf die Mitgliederentwicklung niederschlagen beginnt. Während zwischen 1971 und 1974 trotz Beschäftigtenabbau die Mitgliederzahlen von 151 318 auf 164 465 anstiegen (überproportional bei den Angestellten) (19), gehen sie 1975 zum ersten Mal absolut zurück (um ca. 7.000).

– Hinzu kommt, daß arbeitslose Mitglieder praktisch keine Mitgliedsbeiträge bezahlen, aber gleichzeitig die Organisation durch die ihnen zustehende zusätzliche Arbeitslosenunterstützung extrem belasten. (20)

– Der Charakter der technologischen Umstellung bringt es ferner mit sich, daß vor allem hochqualifizierte Facharbeiter überflüssig werden, wodurch der Gewerkschaft der Verlust ihres traditionell stärksten und kampferfahrensten Mitgliederstammes droht.

– Der Umwandlung der IG Druck und Papier in eine Mediengewerkschaft, die diese

17 Vgl. Druck und papier 25/26 - 1975, S. 5

18 1975 gab es im Druckbereich nur wenige kurzfristige Arbeitsniederlegungen. Ein herausragendes Beispiel bildete lediglich der Warnstreik am 30.10.75 bei Madsack in Hannover, durch den die Beschäftigten die Einstellung zusätzlicher Arbeiter in der Fotosetzmontage erreichten.

19 Quelle: Geschäftsberichte der IG Druck und Papier und Stat. Jahrbuch 1974

20 1971 bezahlte die IG Druck und Papier 43 004 DM an Arbeitslosenunterstützung an ihre Mitglieder, im ersten Halbjahr 1975 jedoch bereits 451 358 DM. Für das gesamte Jahr 1975 rechnete man im Oktober mit einem Aufwand von einer dreiviertel Million. Vgl. Druck und papier 21/1975, S. 20 f.

Organisationsschwächung kompensieren könnte, stehen noch viele Widerstände von Seiten der anderen DGB-Gewerkschaften (Gew. Kunst, ÖTV, HBV) als auch bei den berufsständisch orientierten Organisationen (DJV, DAG) entgegen.

Die IG Druck und Papier gerät somit nicht nur in Gefahr, ihren Einfluß als sozialpolitischer Machtfaktor zu verlieren — die Führungsspitze sieht sich auch einem zunehmenden Legitimationsdruck der Mitglieder konfrontiert, die infolge der 20 Jahre betriebenen Vertreterpolitik, Wortradikalität und Zuversichtlichkeit der Gewerkschaftsführung nun auch in der Krise die Sicherung ihres wirtschaftlichen und sozialen Standards erwarten und, wenn diese Funktion nicht mehr zufriedenstellend erfüllt wird, leicht geneigt sind, alles Unbill, das sie erleiden, dem Versagen oder auch dem „Verrat“ der Gewerkschaftsführung anzulasten. So breitet sich bei vielen Mitgliedern Unzufriedenheit oder Resignation über die Politik der Gewerkschaftsführung aus, der andererseits die Hilflosigkeit und Unerfahrenheit in selbständigen Aktionen gegenübersteht.

Eine Betrachtung der Gewerkschaftspolitik der IG Druck und Papier vor allem seit Sommer 1975 zeigt, daß diese Erfahrungen sich in einen deutlicheren Widerstand gegen das Branchenkapital und in Ansätzen auch gegen das Krisenbewältigungskonzept der Regierung umsetzen (freilich unter Vermeidung direkter Angriffe gegen die SPD) und allmählich zur Formulierung autonomer Arbeiterinteressen führen. Hierbei übernehmen Teile der Gewerkschaftsführung eine vorwärtstreibende Rolle, die sich vor allem in einer besseren Informationspolitik im Zentralorgan und in theoretischen und politischen Artikeln niederschlägt, die sich auf die Erfahrungen der Mitgliedschaft beziehen und diese weitertreiben sollen. Die hauptamtlichen Funktionäre verstärken außerdem ihre Kontakte zu den Mitgliedern durch Besuche von Belegschaftsversammlungen, Mitgliederversammlungen und Funktionärstreffen. Wo die Belegschaften von sich aus selbständige Aktionsformen entwickeln, stellen sie sich jetzt häufiger an die Spitze gewerkschaftlicher Protestformen.

Die Erfahrungen mit der Entwicklung des Branchenkapitals, der gesamtwirtschaftlichen Krise und ihrer Bewältigung sowie dem Scheitern der gewerkschaftlichen Bemühungen, den Reallohn und den sozialen Besitzstand der Arbeitnehmer zu erhalten, schlagen sich nieder in der Destruierung der Formel Lohnverzicht = höhere Gewinne = mehr Investitionen = mehr Arbeitsplätze und ihrer „Entlarvung“ als „Irrlehre einer kapitalistischen Wirtschaftstheorie“:

„Denn der Unternehmer investiert nicht, weil er Geld hat. Sondern weil und wenn er Profit erwartet . . . Der erste Teil der Gleichung: Gewinne = Investitionen, geht also nicht auf . . . Auch der zweite Teil: Investitionen = Arbeitsplätze, ist schlicht falsch . . . Immer mehr Gewinne werden dazu verwandt, nicht etwa die Produktionsanlagen zu erweitern, sondern um Arbeitsplätze zu beseitigen.“ (21)

Damit ist die ideologische Basis für eine Lohnverzichtspolitik der Gewerkschaft zerstört:

„Wenn wir schon eine kurzfristige Beseitigung der Arbeitslosigkeit nicht durchsetzen können — so wollen wir doch wenigstens unsere Einkommen sichern. . . Nicht Lohnverzicht, sondern Si-

21 Druck und papier 23/1975, S. 5

cherung der Massenkaufrkraft führt aus der Krise!“ (22)

Je näher die Tarifrunde rückt, umso mehr werden diese Erkenntnisse zur Mobilisierung der Mitgliedschaft für einen konsequenten Lohnkampf gewandt und die Kollegen im Vorfeld dieser Auseinandersetzungen zum Widerstand in den Betrieben aufgerufen:

„Wir stehen jetzt und in absehbarer Zukunft in einem Abwehrkampf. Es geht um unsere Arbeitsplätze, um unsere Arbeitsbedingungen, um unseren Lohn. Doch wir sind nicht wehrlos. Wo das Gesetz endet und unternehmerische Herrschaft beginnt, da gibt es andere Formen von Widerstand. Unternehmer, die mutwillig den Betrieb mit dem wilden Westen verwechseln, die sollen wissen: es wird zurückgeschossen.“ (23)

Die von der Gewerkschaftsführung bewußt angetretene „Flucht nach vorne“ in die Aufarbeitung und kämpferische Wendung der gemachten Erfahrungen fließt zusammen mit der in vielen Belegschaften latent vorhandenen Bereitschaft, Gegendruck zu organisieren, und wird dadurch erst möglich.

Daß diese Mobilisierung ihren Ausdruck zunächst im Lohnkampf findet, ergibt sich aus dem Dilemma der bisherigen Gewerkschaftspolitik, keine neuen gewerkschaftlichen Kampfformen und Kampforderungen gegen Rationalisierung und Arbeitsplatzabbau entwickelt zu haben. Der Widerstand gegen die sich auf allen Ebenen massiv durchsetzenden Kapitalinteressen kann sich daher zunächst nur in der einzigen noch funktionierenden Form der Konfliktaustragung artikulieren: im Kampf um mehr Lohn.

Als *Lohnkampf* sind die Auseinandersetzungen in der Druckindustrie Ausdruck des gewerkschaftlichen Bemühens, eine Widerstandsmarke gegen den Reallohnabbau zu setzen und damit gegen die scheinbare Naturgesetzlichkeit, daß sich die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterbewegung in ihren Lohnforderungen den Verwertungs-zwängen des Kapitals anpassen muß. Mit der Verlagerung dieser Auseinandersetzung auf die Ebene des offenen Kampfes stellt sich auch die Notwendigkeit, die politischen Momente stärker hervorzuheben. Dies geschieht mit der Einführung der Parole, „Verteidigung der Tarifautonomie“ in der heißen Phase der Tarifrunde. Hiermit ist zunächst die Ablehnung einer Einmischung des Staates und der von dieser Seite vorgegebenen Lohnleitlinie gemeint, gegen die die IG Druck und Papier die Arbeiterinteressen nach Erhalt und Sicherung des Lebensstandard setzt. Darüberhinaus meint Tarifautonomie hier auch die Ablehnung des eingespielten Rituals der „Lohnführerschaft“ der großen DGB-Gewerkschaften und gibt der Mitgliedschaft das Bewußtsein, ihren Kampf auch im Interesse der Beschäftigten der anderen Wirtschaftszweige zu führen.

Aus dem bisher Gesagten erklärt sich auch die *Härte und Politisierung des Lohnkampfes* in der Druckindustrie: Abgesehen davon, daß Streiks in der DI aufgrund

22 Druck und papier 7/1976, S. 4

Daß hier das Kaufkraftargument erhalten muß, deutet das Dilemma der Gewerkschaftsführung an, die wieder einmal zu solchen Ladenhütern reformistischer Wirtschaftstheoretiker greift. Zwischen der korrekten Beschreibung der Verhältnisse in der Druckindustrie und den Vorstellungen zur „Überwindung“ der gesamtwirtschaftlichen Krise klafft ein Widerspruch, der trotz der fortschrittlichen Argumentation erneute Erkenntnis-schranken für die Lohnabhängigen setzt.

23 Druck und papier 25/26 - 1975, S. 5

des Charakters des hauptsächlich bestreikten Produkts ‚Zeitungen‘ als Träger der öffentlichen Meinung immer politisch hochgespielt werden und damit über den streikenden Druckarbeiter immer das Damoklesschwert der politischen Schlichtung und des Streikverbotes hängt, paßte die konsequente Haltung der IG Druck und Papier nicht in das politische Konzept der Bourgeoisie zur Krisenüberwindung, zu dessen Verwirklichung sie das Stillhalten der Gewerkschaften in der Krise braucht. Der Widerstand der IG Druck und Papier gegen die ihr zuge dachte Rolle mußte damit notwendigerweise die gesamte Kapitalistenklasse auf den Plan bringen, dazu ihre ideologischen Vertreter in den politischen Parteien und im Staatsapparat. Spätestens im Moment des Scheiterns der 2. Schlichtung erhielt somit die Lohnauseinandersetzung im Druckbereich politische Dimensionen. Es ging nicht mehr in erster Linie um Promille, weder für die Kapitalisten, noch für die Regierung, noch für die Gewerkschaftsführung. Für die Mehrzahl der Mitglieder stellte sich diese politische Dimension erst im Verlauf des Arbeitskampfes her, über die Erfahrung der gegenseitigen Solidarität und Geschlossenheit sowie der Zuspitzung des Kampfes durch Aussperrung, Pressehetze und Polizeieinsätze.

III. Der Streikverlauf

1. *Die Aufstellung der Forderung, Mobilisierung und Vereinheitlichung*

Die Diskussion über die Lohnrunde 1976 und die Höhe der Forderung wurde im Vergleich zu den letzten Jahren sehr früh und von Seiten der Gewerkschaftsführung eingeleitet, zunächst innerhalb des Zentralorgans und dann durch Herumreisen der Hauptvorstandsmitglieder Mahlein, Ferlemann und Hensche auf bezirklichen und örtlichen Mitgliederversammlungen und Funktionärkonferenzen zwischen November 1975 und Februar 1976.

Dieses im Verhältnis zu dem Vorgehen in den letzten Jahren verstärkte Förderung der Mitgliederartikulation und -aktivitäten diente dazu, den bremsenden Teilen der Mitgliedschaft zuvorkommen, die aus Angst um die Arbeitsplätze oder auch aus der tief sitzenden „Einsicht“ heraus, daß die Arbeiter eben in Krisenzeiten zurückstecken müssen, sich bereits mit einem erneuten Lohnverzicht für 1976 abgefunden hatten. In einem Zuge sollte dabei durch Vorgabe der Richtzahl 10 % als zur Sicherung der Realeinkommen absolut notwendig den fortschrittlichen und kampfbereiten Teilen der Mitgliedschaft begegnet und verhindert werden, daß diese wie in den letzten Jahren wesentlich höhere Forderungen aufstellen und die innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen um die „Richtigkeit“ einer Forderung auf ein Nebengleis geraten würden. Kurzum, das sich aus dem unterschiedlichen Bewußtseinsstand innerhalb der Mitgliedschaft jedes Jahr ergebende Gefälle in den Vorstellungen über die Höhe der Forderung sollte eingeebnet und die Vorstellungen vereinheitlicht werden. Die Betrachtung der in den verschiedenen Betrieben, Ortsvereinen, Bezirken und Landesbezirken aufgestellten Forderungen zeigt, daß dies weitgehend gelungen ist, d. h. die Forderungen schwanken zwischen 8 und 12 %. Nicht vereinheitlicht werden konnte dagegen die Art der Forderung, so daß auch 1976 sowohl

einheitliche DM-Forderungen, als auch Prozentforderungen mit Sockelbeiträgen und reine Prozentforderungen aufgestellt wurden. (24)

Die am 25.2.76 von der Tariffkommission aufgestellte Forderung von 9 % und *mindestens 140 DM für die unteren Lohngruppen* konnte daher mit Recht als Ausdruck des durchschnittlichen Mitgliederwillens propagiert werden und brauchte nicht mehr, wie z. B. 1975, mit dem Hinweis, daß die Tariffkommission in ihren Entscheidungen autonom sei, gesetzt zu werden (25). Eine neue Tendenz läßt sich auch im Hinblick auf die Art der Forderungs begründung festmachen: Der Lohnabschluß sollte nicht nur einen Inflationsausgleich, sondern eine Reallohnsicherung bringen. Die aufgestellte Rechnung orientierte sich an den zukünftig zu erwartenden Belastungen und nicht, wie sonst, an dem Bedürfnis, aufzuholen, was die Lohnabhängigen bereits im vergangenen Jahr an Reallohnminderung hatten hinnehmen müssen. Die Art der Forderung stellt einen Kompromiß dar zwischen der Notwendigkeit, die unteren Lohngruppen stärker anzuheben und gleichzeitig die Löhne der besser verdienenden Facharbeitergruppen (Korrektoren und Maschinensetzer) nicht einzuebnen (26). Sie ist auch ein Kompromiß zwischen jenen Teilen der Mitgliedschaft, die für eine Einengung der Lohnschere und Orientierung der Löhne an den für alle gleichermaßen geltenden Lebenshaltungskosten eintreten und jenen, die für die Aufrechterhaltung differenzierter Löhne nach Leistungskriterien sind.

Da nach Abschluß des Lohn tariffs 1975 viele Belegschaften die Erfahrung gemacht hatten, daß ein Tarifabschluß wenig wert ist, wenn die Unternehmer hinterher die Möglichkeit haben, eine tatsächliche Lohnerhöhung durch Anrechnung auf die übertariflichen Lohnbestandteile zu verhindern, ging in die Diskussion um die Lohnforderungen fast überall die Frage nach den Möglichkeiten zur Verhinderung der Anrechnung mit ein. Die Diskussion darüber erhielt noch ein zusätzliches Gewicht dadurch, daß viele Unternehmer im Dezember 1975 versucht hatten, die Bezahlung der tariflichen Jahresleistung zu umgehen bzw. das höhere betriebsübliche Weihnachtsgeld gekürzt hatten. Eine zur Behandlung dieser Frage einberufene Konferenz der hauptamtlichen Funktionäre einigte sich darauf, die Frage der Anrechnung nicht in die Tarifverhandlungen einzubeziehen, sondern sie hinterher in Zusammenarbeit mit den Betriebsräten anzugehen. Dort wo dies möglich schien, sollten aber schon jetzt die Belegschaften und Betriebsräte ermuntert und unterstützt werden, bereits im Vorfeld der Tarifrunde Betriebsvereinbarungen über die Nichtanrechnung der Tariflohnerhöhung abzuschließen. Diese Strategie führte auch in zahlreichen Fällen zum Erfolg, vor allem dort, wo Belegschaften die Geschäftsleitung mit der Ablehnung von Überstunden und Sonderschichten unter Druck setzen konnten.

Die betrieblichen Auseinandersetzungen um das Weihnachtsgeld und die Anrechnung haben ebenso wie die Diskussion um die Tarifforderung die Mobilisierung innerhalb der Mitgliedschaft erhöht.

24 Vgl. Druck und papier 5/1976, S. 6 f.

25 Vgl. Druck und papier 6/1975, S. 6

26 Die Ablehnung einer Festbetragsforderung für alle wurde u. a. damit begründet, daß dadurch die Prozentrelationen zwischen Facharbeiter-Ecklohn (100 %), Korrektorenlohn (107,5 %) und Maschinensetzerlohn (120 %) eingeebnet würden. Dadurch würde aber eine ungünstige Ausgangsposition für die noch anstehenden Lohnrahmentarif-Verhandlungen geschaffen, durch die ja mehr qualifizierte Facharbeiter in die neuen Lohngruppen 110 und 120 % eingestuft werden sollen.

2. Lohnverhandlungen und Schlichtungsversuche unter dem Druck von Warnstreiks

Die Lohnverhandlungen beginnen am 23.3. in Düsseldorf mit dem üblichen Ritual des Austauschs der Argumente und der Feststellung unterschiedlicher Standpunkte. Der Bundesverband Druck (BVD) macht kein Angebot und bezeichnet die Forderung der IG Drupa als überhöht, unangemessen, arbeitsplatzgefährdend und diffamiert sie als „Funktionärsforderung“. Sie sei nicht Ausdruck des Willens der „vernünftigen“ Arbeitnehmer, sondern der Machtlüsternheit einiger Funktionäre. Gleichzeitig rüsten sich beide Seiten für die kommenden Auseinandersetzungen und beziehen sich gegenseitig der Politisierung der Verhandlungen:

„20 zu 5 (20 % Gewinnsteigerung und 5 % Lohnsteigerung, d.Vf.) – wer uns dies zumuten will, der betreibt keine wirtschaftspolitik, sondern klassenkampf – von oben, und der steuert bewußt auf einen heißen herbst zu. Einen herbst mit spontanen streiks, um nachschläge durchzusetzen. Und in der tat, dies scheint herrn Schleiers politik zu sein, nämlich den gewerkschaften eine doppelte niederlage beizubringen. Niedrige abschlüsse jetzt und die blamage wilder streiks im herbst.

Doch, soweit es an uns liegt: Die rechnung soll nicht aufgehen.“ (27)

Der BVD verpflichtet seine Mitglieder zu bedingungsloser „Solidarität“ und spricht ein Verbot für betriebliche Lohnerhöhungen und Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Zeit bis zum Abschluß des neuen Tarifvertrags aus (28). Die Gewerkschaftsfunktionäre informieren die Mitgliedschaft über die zu erwartende Härte der Auseinandersetzung und die Notwendigkeit, die Verhandlungen durch Aktivitäten der Mitgliedschaft zu unterstützen.

In dieser Phase, in der innerhalb der IG Druck und Papier die Entscheidung zwischen der Akzeptierung der gesetzten Lohnleitlinie von 5,4 % und dem Arbeitskampf fällt, zeigen die gewerkschaftlichen Aktivitäten bezüglich der Herbeiführung dieses Entscheidungsprozesses ein sehr unterschiedliches Bild, das man grob verallgemeinert etwa so darstellen könnte: In jenen Organisationsbereichen, wo sich Funktionäre, die dem eher kämpferischen Gewerkschaftsflügel angehören, bereits stärker verankern konnten, wird der Basis in den Betrieben grünes Licht für Warnstreiks und kollektive Betriebsratsbefragungen gegeben. Vor allem dort finden dann auch in größerem Maße Warnstreiks, Demonstrationen und Ortsvereinsversammlungen statt (z. B. im Landesbezirk Hessen, in Teilen Baden-Württembergs und Bayerns). Dagegen wartet in den anderen Bereichen und vor allem dort, wo die Mitglieder in den Betrieben von selbst noch nicht die Kraft zu spontanen Arbeitsniederlegungen entwickelt haben, die Mitgliedschaft in banger Unruhe und z. T. auch resignativ auf die Ergebnisse der Verhandlungen und Schlichtungen und entwickelt frühestens in der letzten Phase der Verhandlungen bzw. kurz vor der Urabstimmung eigenständige Aktivitäten (z. B. in den LB Niedersachsen, Nordmark und Berlin), die dann auch von den jeweiligen regionalen Gewerkschaftsführungen begrüßt werden.

Die zahlreichen Warnstreiks (ca. in 150 Betrieben) und bei der Verhandlungsführung eintreffenden Resolutionen dokumentieren die Kampfbereitschaft der Ge-

27 Druck und papier 7/1976, S. 4

28 ebda, S. 6

werkschaftsmitglieder. Sie „helfen“ den hauptamtlichen Funktionären, in den Verhandlungen hart zu bleiben und führen, da die Gegenseite ebenfalls Härte demonstriert, letztlich zum endgültigen Scheitern der Zentralen Schlichtung am 13.4. in München bei einem von der Kapitalseite akzeptierten Schiedsspruch von 5,4 %. Die Entscheidung für den Arbeitskampf ist somit nicht am Verhandlungstisch gefallen, sondern in jenen Betrieben und Gewerkschaftsgliederungen, wo in den letzten Jahren das Bewußtsein und der Wille herangereift ist, den Angriffen des Kapitals auf die Löhne, Arbeitsbedingungen und Arbeitsplätze Einhalt zu gebieten. „Wenn wir uns jetzt nicht wehren, werden die Unternehmer immer frecher und machen mit uns weiter, was sie wollen.“ Ein Indiz dafür, daß dieser Lohnkampf stellvertretend für alle anderen Probleme steht, mit denen die Druckerbeiter durch die gegenwärtigen Rationalisierungsprozesse der Branche konfrontiert sind, wie auch für die Niederlagen, die sie in den letzten Jahren einstecken mußten, ist das Phänomen, daß sich zum Teil Belegschaften jener Betriebe besonders kämpferisch an Warnstreiks und später an dem gewerkschaftlichen Streik beteiligten, wo frühere betriebliche Abwehrkämpfe gescheitert waren bzw. wo die Rationalisierungen schon widerstandslos durchgesetzt werden konnten (29).

Der einstimmig gefaßte Beschluß der Großen Tarifkommission über das Scheitern der Schlichtung und die Einleitung von Kampfmaßnahmen signalisiert, daß durch den bisherigen Verlauf der Tarifverhandlungen und die Mobilisierung der Mitglieder ein gewerkschaftlicher Konsens für die Dauer des Konflikts hergestellt werden konnte, unter Zurückstellung weiter bestehender Differenzen innerhalb des Funktionskörpers.

3. *Erste Streikphase – von der Aussperrung zur Kompromißsuche*

Nach dem Scheitern der Schlichtung laufen die Streikvorbereitungen gemächlich an, die Urabstimmung findet erst vierzehn Tage später, am 27.4., statt. Gleichzeitig mit dem Aufruf dazu fordert der Hauptvorstand die Mitglieder auf, keine Sonderlichkeiten und Überstunden mehr zu machen. Das Urabstimmungsergebnis (88,2 % für Streik) ist besser als allgemein erwartet, vor allem in den Bezirken und Landesbezirken, in denen zuvor kaum eine gewerkschaftliche Mobilisierung stattgefunden hat. Unmittelbar danach, am 28.4. um 14 Uhr, beginnt die erste Streikphase mit Schwerpunktstreiks in 48 Zeitungsbetrieben, der von den einbezogenen 15.000 Mitgliedern fast ausnahmslos befolgt wird. Die Angestellten und Journalisten der bestreikten Betriebe werden erstmalig zum Sympathiestreik aufgerufen. Bei den Journalisten wird der Streikaufruf dort weitgehend befolgt, wo das betriebliche Organisationsverhältnis zwischen dju und DJV (der ständischen Interessenvertretung der Journalisten, in der diese mehrheitlich organisiert sind) für die Mitglieder der dju in der IG Druck und Papier günstig ist. Die organisierten Angestellten folgen dem Streikaufruf nur in sehr geringem Maße. Insbesondere unter den höheren technischen Angestellten stel-

29 Dies müßte in einer gründlichen Aufarbeitung dieses Arbeitskampfes genauer untersucht werden.

len sich häufig Organisierte sogar für Streikbrecherarbeit zu Verfügung. Die Auszubildenden streiken, mit Ausnahme der noch in der Probezeit befindlichen, fast überall mit. In Betrieben mit kampfstarken Belegschaften schließen sich z. T. auch Unorganisierte dem Streik an, bzw. treten der Gewerkschaft bei (Bis zum Ende der ersten Streikwoche sind ca. 10.000 Beschäftigte neu in die IG Druck und Papier eingetreten).

Die Streiktaktik der Gewerkschaft ist nach klassischem Muster auf einen überraschend früh einsetzenden, kurzen und konzentrierten Arbeitskampf unter geringstmöglicher Belastung der Streikkasse angelegt. Diese Absicht wird durch die wenige Stunden später verkündete bundesweite Aussperrung vereitelt. Zum ersten Mal seit Bestehen der BRD wird damit in einem Lohnkampf eine Angriffsaussperrung über eine ganze Branche verhängt. Sie betrifft der Intention des BVD nach 145.000 gewerbliche Arbeitnehmer. Die Angestellten, Journalisten und Auszubildenden werden nicht ausgesperrt und geraten dadurch zwischen den Fronten unter einen besonders starken Druck. Die harte Reaktion des BVD zeigt die politische Bedeutung dieses Konflikts und die Entschlossenheit der Druckkapitalisten und mit ihnen der gesamten Kapitalistenklasse, eine Durchbrechung ihres Lohndiktats verhindern zu wollen. Durch die Aussperrung sollte das Durchhaltevermögen der IG Druck und Papier getestet und sie finanziell in die Knie gezwungen werden – statt für 15.000 mußten nun für ca. 80.000 Mitglieder Streikgelder bezahlt werden. Gleichzeitig dient sie dem BVD zur Begrüdigung der Kampffront: nicht nur die bestreikten großen Zeitungshäuser sondern auch die Akzidenzdruckereien und kleineren Zeitungsbetriebe und damit vor allem die vielen Klein- und Mittelbetriebe sollten in die Auseinandersetzung miteinbezogen werden. Dies gelingt nur bedingt: Obwohl den im BVD organisierten Unternehmern für die Zeit der Aussperrung die Erstattung von 90 % ihrer Ausfälle zugesichert wird, sperren zahlreiche Klein- und Mittelbetriebe ihre Belegschaften nicht aus. Große Zeitungsverlage versuchen, im Ausland drucken zu lassen, was aber an der internationalen Solidarität der graphischen Gewerkschaften scheitert. Der Zeitschriftenverleger Burda aus Offenburg findet eine besonders elegante Lösung: Er sperrt die bei ihm Beschäftigten nicht aus und zahlt ihnen den Lohn weiter; aber er beweist auch seine „Solidarität“ mit dem Verband, indem er darauf verzichtet, während der Aussperrung seine Zeitschriften zu drucken. An dem – seiner Meinung nach – „Schwarzen“ Freitag macht er mit ca. 2 500 Mann „statt befohlener Arbeitsverweigerung“ einen Betriebsausflug in die Schwarzwaldberge. Andere Betriebe sperren nur die Organisierten aus.

Die Aussperrung empört die Druckerarbeiter und macht für sie die Klassenfronten deutlicher sichtbar. Die allgemeine Betroffenheit läßt ihre Solidarität und Kampfschlossenheit weiter anwachsen. Niemals in den letzten Jahren waren so viele Druckerarbeiter auf Maikundgebungen, zudem mit selbst gefertigten Transparenten und Plakaten. Für einen kleinen Teil der Streikenden kommt noch eine weitere Erfahrung dazu: die, daß die Polizei nicht nur gegen „Radikale“ sondern auch gegen sie eingesetzt wird, als sie versuchen, die Auslieferung von Streikbrecher-Notausgaben zu verhindern. (Plakat vor einem bestreikten Betrieb: Dem Unternehmer hilft sein Geld und die Polizei, der Arbeiter hilft sich selbst.) Die Aussperrung erlaubt auch den Gewerkschaftsführungen der anderen DGB-Gewerkschaften, ihre Solidarität zu bezeugen.

gen – eine Pflicht, der sie sich widerwillig unterziehen. Es reicht gerade zu kernigen Redepassagen am 1. Mai und Protestresolutionen, während sie gleichzeitig Unruhe in der eigenen Mitgliedschaft befürchten, die z. T. den Arbeitskampf der Druckarbeiter mit Sympathie verfolgt. In geringem Maße wurden die Streikenden auch durch spontane Solidaritätsresolutionen und Spenden von unteren Gliederungen anderer DGB-Gewerkschaften praktisch unterstützt (vor allem ÖTV und GEW).

Die Streikleitung der IG Druck und Papier hatte kaum mit der Möglichkeit einer bundesweiten Aussperrung gerechnet. Dies zeigt z. B. auch die unterschiedliche Betreuung und Erfassung der ausgesperrten Mitglieder in den einzelnen Landesbezirken: z. T. fanden Ausgesperrtenversammlungen statt, die die Mitglieder zusammenfaßten und ihre Kampfmoral stärkten, z. T. wurde darauf verzichtet, wodurch die meisten Mitglieder vereinzelt wurden und sich ins Privatleben zurückzogen.

Daß als Antwort auf die Aussperrung nicht der Totalstreik ausgerufen wurde, sondern im Gegenteil die ausgesperrten Mitglieder aufgefordert wurden, demonstrativ ihre Arbeitskraft anzubieten, war – entgegen der häufig geäußerten Kritik – u. E. richtig: Die Streikfront stand und man konnte gelassen auf das Abbröckeln der Unternehmerfront warten. Diese Streiktaktik hat jedoch zu Widersprüchen in der Mitgliedschaft geführt. Die Organisierten in den nichtausgesperrten Betrieben fühlten sich unter dem Druck, der Anordnung der Gewerkschaftsführung zu folgen und weiterzuarbeiten, in einer Situation, wodie Stimmung auf Solidaritätsstreik stand. In einzelnen Fällen fanden in dieser Phase spontane Streikaktionen statt, die dann meist die Aussperrung nach sich zogen. Bei den Springer-Druckereien in Ahrensburg und Darmstadt wurde auf Initiative der Kollegen der Streik ausgeweitet, da sonst der „Spiegel“ dort gedruckt worden wäre.

Am 1. Mai abends beschließt der BVD die Aufhebung der Aussperrung und erklärt sich bereit, auf Maßregelungen zu verzichten. Daraufhin verkündete die Zentrale Streikleitung die Aussetzung des Streiks und ihre Bereitschaft zu Verhandlungen am 4. und 5.5. in Mainz. Die Gründe für diese Vereinbarung der beiden Tarifkontrahenten sind unklar. Angenommen werden kann, daß die Streikleitung der IG Drupa durch das Abbröckeln der Aussperrungsfront und durch die Angebote verschiedener Einzelkapitalisten davon ausging, daß die starre Haltung des BVD bereits so aufgeweicht sei, daß die Vorlage eines neuen Angebots anstand, das die Fortführung des Streiks nicht erforderlich machte. Dies erweist sich jedoch nach der Aussetzung des Streiks als Fehleinschätzung: Der Verhandlungsführer des BVD Mack kann erklären, daß man immer noch auf dem Stand der letzten Schlichtung ist. In dieser Situation gerät die Streikleitung in eine ernsthafte Zwickmühle:

1. Die Mitgliedschaft reagiert auf die Aussetzung des Streiks mit Empörung und Wut, aber auch mit Resignation. Das Vertrauen, das sich die Gewerkschaftsführung in den letzten Wochen durch ihre konsequente Haltung erworben hatte und das den Mitgliedern den Eindruck vermittelte, an einem Strang zu ziehen und die Kampfführung mitbestimmen zu können, wird erstmalig wieder in Frage gestellt:

„Am Montag, als die Zentrale Streikleitung die Unterbrechung des Streiks beschlossen hatte, hat es oft Stunden gedauert, bis die streikenden und ausgesperrten Kolleginnen und Kollegen bereit

waren, die Arbeit wieder aufzunehmen. „Die Kollegen haben geheult“, meldete ein verzweifelter Betriebsrat.“ (30)

Die Streikleitung wird mit Protestresolutionen eingedeckt und steht plötzlich unter einem nicht erwarteten Druck, der ihre Verhandlungsposition, wie sie sie für sich selbst bestimmt hatte, durchkreuzt: mit 5,9 % kann sie den Kollegen nun nicht mehr kommen. Der Druck bestand zum einen in den Aktivitäten der protestierenden Mitgliedschaft und zum anderen in der Gefahr, daß die resignierenden Teile ihre Mitgliedsbücher hinwerfen könnten und damit die Arbeit der letzten Zeit, die Kollegen für diese und weiterhin anstehende Auseinandersetzungen zu mobilisieren, umsonst gewesen wäre.

2. Mit dem Wiedererscheinen der Zeitungen erhalten die Druckkapitalisten die Möglichkeit, die öffentliche Meinung noch massiver, als das Rundfunk und Fernsehen in der „zeitungslosen Zeit“ besorgt hatten, gegen den Streik der Druckarbeiter aufzuheizen und Zwietracht und Verwirrung in den Reihen der Streikenden sowie zwischen Gewerkschaftsbasis und -führung zu säen.

3. Nachdem die ökonomische Belastung durch Aussperrung und Streik von den Druckunternehmern genommen ist, kehrt der Verband relativ schnell zu der Geschlossenheit und Härte der vergangenen Woche zurück – unter dem Druck des BDA, der größtenteils die Finanzierung der Streikausfälle übernimmt.

4. Der von Unternehmenseite vorgeschlagene Vermittler Hesselbach steht stellvertretend für den zunehmenden Druck der Sozialdemokratie – sowohl der anderen DGB-Gewerkschaftsführungen als auch der Regierungsfraktion – auf die IG-Drupa-Führung, nun endlich zur „gesamtwirtschaftlichen Vernunft“ zurückzukehren und dem klassenkämpferischen Spuk ein Ende zu bereiten.

Verhandlungskommission, zentrale Streikleitung und Tarifkommission widerstehen erneut dem massiven Druck und die Verhandlungen scheitern bei einem Vermittlungsangebot von 5,9 % und Strukturverbesserungen (31).

Nachzutragen ist, daß die mobilisierten Druckarbeiter nicht nur die Gewerkschaftsführung durch ihre Proteste gezwungen haben, ihre eigene Intention durchzuhalten. Sie haben auch während der Aussetzung des Streiks in den Betrieben den Widerstand gegenüber ihren Einzelkapitalisten fortgesetzt. Resolution einer Streikversammlung am 3.5. in Stuttgart: „... so sollen die Druckindustriellen doch wissen, daß wir jede Stunde bereit sind, die Betriebe wieder zu verlassen.“ (32) Die Arbeitsaufnahme erfolgte nur schleppend, und die Arbeiter versuchten in den meisten Betrieben auch nicht, die liegengelassene Arbeit nun durch größeres Ranklotzen

30 Streikinformatio n der IG Druck und Papier Nr. 8

31 Für diese Entscheidung, die innerhalb der zentralen Führungsgremien neue Kontroversen aufbrechen ließ, war vermutlich mit ausschlaggebend, daß ein Teil der Funktionäre in große Schwierigkeiten gekommen wären, wenn sie mit diesem Ergebnis (5,9 %) vor die Kollegen hätten treten müssen. Die Andeutung im Streikinfo Nr. 7 „Das hätte eine Zerreißprobe für unsere IG Druck und Papier bedeutet“, läßt vermuten, daß die Funktionäre einiger Landesbezirke der Gesamtorganisation im Falle der Zustimmung zu den 5,9 % Konsequenzen angedroht hatten.

32 Streikinformatio n Nr. 6

und Überstunden wieder aufzuholen. Der Kampf um Wiedereinstellung von gemäßregelten Kollegen wurde aufgenommen, erneute Warnstreiks fanden statt. Darüber hinaus leisteten die Arbeiter in mehreren Zeitungsbetrieben Widerstand gegen die mit der Wiederaufnahme der Arbeit verbundene Zumutung, an der Verkettung ihres Streiks mitzuwirken. Die Arbeiter von Madsack in Hannover verlangten eine Gendarstellung zu der Springermeinung, daß mit dem Streik ein Stück Freiheit bestreikt worden sei, ähnlich bei der FNP in Frankfurt. Doch das war der Pressefreiheit der Verleger zuviel: Übrig blieben weiße Flecken. In anderen Betrieben, so z. B. bei Springer in Berlin, wandten sich die Arbeiter gegen die Veröffentlichung ihrer angeblichen Traumgehälter, und versuchten, mit selbstfinanzierten Anzeigen und Leserbriefen „ein ausgewogenes Bild der Meinungen“ herzustellen. Die Bedeutung dieser Aktionen liegt darin, daß vielen Zeitungsarbeiter während dieses Streiks der Charakter des von ihnen hergestellten Produktes als Manipulationsinstrument der herrschenden Klasse bewußt wurde und sie dazu zwang, ein Stück proletarischer Öffentlichkeit herzustellen, nicht nur in den von ihnen produzierten Zeitungen, sondern auch – und dies in stärkerem Maße – in eigenen Flugblättern, die sie während der verschiedenen Streikphasen an die Bevölkerung verteilten.

4. *Zweite und dritte Streikphase – vom Totalstreik zum Kompromiß*

Nach dem Scheitern der Vermittlung ruft die Zentrale Streikleitung zum Totalstreik ab 6. 5. auf, der von den organisierten Mitgliedern fast hundertprozentig befolgt wird. In mehreren großen Zeitungsbetrieben, z. B. in Stuttgart, Eßlingen und Mannheim, wird die Arbeit sofort nach Bekanntgabe des Scheiterns der Vermittlung niedergelegt. Mit dem Totalstreik wird der Kampfbereitschaft der Mitgliedschaft Rechnung getragen und den Kapitalisten die Möglichkeit einer neuerlichen Aussparung genommen.

Die politischen Momente des Arbeitskampfes werden durch die Einbeziehung aller Organisierten zur verallgemeinerbaren Erfahrung. BDA-Präsident Schleyer ruft die Kapitalisten aller Branchen zur „Solidarität“ mit den Druckkapitalisten auf. Der BVD und die CDU fordern die Regierung zur politischen Schlichtung auf: „Die Möglichkeiten der Tarifautonomie sind erschöpft“ (Mack). Die Bundesregierung spricht von der Beeinträchtigung des Anspruchs des Bürgers auf Information und mahnt die Tarifpartner zur Einigung. Gleichzeitig zieht das Druckkapital alle Register, um den Streik zu brechen und die Streikenden zu demoralisieren: Polizeieinsätze, polizeiliche Ermittlungen gegen Streikende, juristische Verfügungen und Androhung von Konventionalstrafen gegen örtliche Streikleiter. Allein in Hessen werden vierzehn Streikende von der Polizei und von Streikbrechern verletzt, einige darunter krankenhausreif geschlagen.

Die streikenden Druckerbeiter weichen nicht zurück, im Gegenteil, sie gehen in ihren Aktivitäten (Gegeninformation der Öffentlichkeit und z. T. direkt bei den Kollegen anderer Branchen; militante Versuche, Streikbrecherarbeit zu verhindern) teilweise weit über die Vorstellungen der zentralen und regionalen Streikleitungen

hinaus, die zwar die politische Auseinandersetzung im Sinne der Durchbrechung der Lohnleitlinie wollten, nicht aber die Härte der Auseinandersetzung mit dem Staatsapparat. Die Streikleitungen gehen in dieser Phase daher zunehmend dazu über, bremsend auf die Aktivitäten der Belegschaften einzuwirken und den Streik langsam zurückzunehmen, während die Front der Kapitalisten immer mehr bröckelt, die Angebote auf freiwillige Zahlungen bis zur Höhe der aufgestellten Forderung zunehmen und sich die Widersprüche innerhalb des BVD bis zu Verbandsaustritten zuspitzen, wird von der Zentralen Streikleitung zum 11. 5. als dritte Streikphase die Rückkehr zu Schwerpunktstreiks verkündet: Betriebe bis zu 50 Beschäftigten und mit einer Auflage von unter 50.000 Exemplaren können aus dem Streik herausgenommen werden unter der Bedingung, daß sich die jeweilige Geschäftsleitung verpflichtet, keine Aufträge aus bestreikten Betrieben zu drucken und den Tarifabschluß nicht auf die übertariflichen Zulagen anzurechnen. Dadurch sollen die Streikfront begradigt, die Mittel- und Kleinbetriebe geschont und der Streik auf die großen Zeitungsverlage und Druckzentren konzentriert werden, die einem höheren Abschluß aus machtpolitischen Gründen den größten Widerstand innerhalb des BVD entgegensetzen. In dieser Phase wird die Strategie der zentralen Streikführung insofern geändert, als den Landesbezirken die Entscheidung überlassen wird, welche Betriebe aus dem Streik herausgenommen werden. Dieser Schritt ist als ein Nachgeben gegenüber der Mitgliedschaft zu sehen: der Streik wird nur dort zurückgenommen, wo die Kollegen dazu bereit sind (im Landesbezirk Nordmark z. B. wird der Streik auf Beschluß der Mitglieder als Vollstreik weitergeführt).

Die 2. Vermittlungsrunde am 12. und 13.5., während der der Streik weitergeführt wird, bringt ein Ergebnis von 6 % Lohnerhöhung ab 1. Juni und eine einmalige Zahlung für April und Mai von zusammen 275 DM. Nach einer fünftägigen „Abkühlphase“ findet die zweite Urabstimmung statt, in der das Ergebnis mit 55,7 % angenommen wird. In den Landesbezirken Nordmark und Berlin stimmt die Mehrheit der Mitglieder gegen die Annahme des Ergebnisses.

IV. Ergebnisse, Erfolge, Handlungsgrenzen

Von der materiellen Seite her ist das Ergebnis dieses vierzehntägigen Streiks äußerst mager. Es bringt keine Sicherung des Reallohns und wird kaum die zu erwartende Inflationsrate bis 31.7.77 (Laufzeit des Tarifvertrages) absichern, von erhöhten Steuern und Sozialabgaben ganz zu schweigen. Zwar bringt das ausgehandelte Ergebnis – auf zwölf Monate umgerechnet – für die einzelnen Lohngruppen Lohnerhöhungen zwischen 6,2 und 7,1 %, doch dies schlägt sich nicht in Verbesserungen der Lohnstruktur zugunsten der unteren Lohngruppen nieder, wie es die ursprüngliche Forderung vorsah.

Dennoch sind dieser Arbeitskampf und seine Ergebnisse in vielfacher Hinsicht ein Erfolg. Die IG Druck und Papier als eine der kleinsten DGB-Gewerkschaften hat gezeigt, daß selbst unter schwierigsten Bedingungen „eine politik des stillhaltens, des kampflofen kompromisses oder der resignativen anpassung“ nicht die „einzige per-

spektive“ ist (33). Sie hat dem Lohndiktat der Kapitalistenklasse und den dringenden „Empfehlungen“ der Regierung und Sachverständigen Widerstand entgegengesetzt, ebenso wie der „Lohnführerschaft“ der großen DGB-Gewerkschaften.

„Ein damit zusammenhängender erfolgspunkt für uns ist die beantwortung der frage, ob die gewerkschaft, welche zu beginn eines jahres die sogenannte ‚lohnführerschaft‘ übernimmt, gleichzeitig der bestimmende faktor für alle nachfolgenden tarifabschlüsse sein muß. Wir haben diese frage bereits 1973 einmal für uns entschieden und wir haben auch 1976 die theorie widerlegt, daß grundsätze der tarifpolitik nur von großen gewerkschaften bestimmt werden können.

Nach meiner auffassung haben wir damit auch der „tarifautonomie der einzelgewerkschaften“ einen grundlegenden dienst erwiesen, denn „auch gewerkschaftliche lohnleitlinien“ sind ein untaugliches mittel im ringen mit den unternehmern.“ (34)

Trotz Aussperrung, Polizeieinsätzen, Druck der öffentlichen Meinung und Spaltungsversuchen stand die Streikfront, zumindest in den großen Zentren, bis zum Schluß – entgegen allen Schwierigkeiten, die aus der geringen Kampferfahrung und versäumten gewerkschaftlichen Mobilisierungsarbeit in vielen Bezirken und Landesbezirken herrührten. Dort wo der Streik aktiv geführt wurde, sind verschüttete Klassenenerfahrungen wieder aktualisiert worden. So wurden beispielsweise bei vielen älteren Kollegen während der Polizeieinsätze Erinnerungen an die Weimarer Republik wach. Neue Erfahrungen machten den Druckarbeitern unterschiedliche Interessen anschaulich und z. T. auch körperlich erfahrbar: Der Unternehmer, mit dem sie in „normalen Zeiten“ immer irgendwie zurechtgekommen sind, holt in dem Moment, wo sie gemeinsam für ihre Rechte kämpfen, die Polizei, läßt Knüppel und Tränengas einsetzen, um seine Ware an den Mann zu bringen. (35) Daß die Druckarbeiter anders in die Betriebe zurückgegangen sind, als sie rausgingen, zeigen die Nachkämpfe in vielen Betrieben gegen Maßregelungen und Anrechnungsversuche. Häufig verweigerten die Belegschaften solange Überstunden und Sonderschichten, bis sie die Nichtanrechnung schriftlich und die einmalige Zahlung von 275 DM in der Lohntüte hatten. In Bremen standen wegen Anrechnungsdrohungen bei den „Bremer Nachrichten“ für 2 Tage die Rotationsmaschinen erneut still – nicht nur in dem betroffenen Betrieb, sondern auch beim „Weser-Kurier“, der demselben Unternehmer gehört. Diejenigen „Kollegen“, vor allem unter den technischen Abteilungsleitern und Redakteuren, die sich während des Streiks „besondere Verdienste“ bei den Geschäftsleitungen erworben haben durch Verfassung von Hetzartikeln gegen den Arbeitskampf und durch die technische Herstellung von Notausgaben, werden noch eine Zeitlang kein leichtes Leben neben den „einfachen“ Setzern, Metteuren und Druckern haben. Die Veröf-

33 Druck und papier 10/11/12-1976, S. 5

34 ebda., S. 7

35 Auch die SPD hat in der Sicht vieler Kollegen während dieses Streiks nicht gut ausgesehen. Sie hatten auf praktische und politische Unterstützung durch die Partei, der sie mehrheitlich alle vier Jahre ihre Stimme geben, gehofft. Stattdessen mußten sie feststellen, daß sich die SPD entweder vornehm und untätig zurückgehalten hat, oder aber mit in das Konzert der Diffamierung und Herabsetzung des Arbeitskampfes eingestimmt hat (z. B. in dem sozialdemokratischen „Vorwärts“). Insbesondere in Hessen waren die Gewerkschafter empört, daß die sozialdemokratische Landesregierung nichts gegen den Verfassungsbruch der Unternehmer – die Verhängung der Aussperrung, die nach der hessischen Landesverfassung verboten ist – unternommen hat.

fentlichung der Löhne in Zeitungsdruckereien, mit der einige Verlage Stimmung gegen den Arbeitskampf gemacht haben, wandten sich inzwischen gegen ihre Initiatoren: in Forderungen nach zusätzlichen betrieblichen Lohn erhöhungen unter Androhung erneuter Arbeitsniederlegungen, zum Teil mit Erfolg.

Dieser Streik und sein Ergebnis zeigt aber auch die Widersprüche und Handlungsgrenzen einer Einzelgewerkschaft unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen. Eine Bewertung des Ergebnisses von 6 % muß die Bedingungen mit einbeziehen, unter denen die IG Druck und Papier angetreten ist.

1. Die eigene Kampfkraft: Obwohl die Mitglieder in diesem Kampf sehr viel Erfahrungen sammeln konnten, wäre es fraglich gewesen, ob sie einen noch längeren und damit notwendigerweise noch härteren Lohnkampf in derselben Geschlossenheit durchgestanden hätten. In jedem Fall kann aber davon ausgegangen werden, daß durch die finanzielle Belastung der Unorganisierten deren Widerstand und Solidarität zusammengebrochen wäre. In vielen Mittel- und Kleinbetrieben mit niedrigem Organisationsgrad wäre daher die Arbeit wieder voll aufgenommen worden. Hinzu kommt, daß mit der Länge des Streiks bei einem Teil der Druckarbeiter, vor allem aus wirtschaftlich gefährdeten Betrieben, die Angst um den Arbeitsplatz allmählich die Notwendigkeit, für die Erhaltung ihres Lohnniveaus zu streiken, in den Hintergrund gedrängt hätte. Unter diesen Bedingungen hätte zwar der Streik in den großen Zentren noch einige Tage aufrechterhalten werden können, der Bundesverband Druck hätte vielleicht in den Verhandlungen noch etwas zugelegt, aber der Spielraum für die weitere Verbesserung des Ergebnisses war minimal.

2. Die auch weiterhin bestehende Orientierung an der von der sozialliberalen Regierung getragenen wirtschaftspolitischen Konzeption und der während des Streiks auf die Gewerkschaft ausgeübte öffentliche Druck ließen es nicht zu, daß die IG Druck und Papier durch den Arbeitskampf die Stabilitätskonzeption ernsthaft in Frage stellt. Dies impliziert aber auch eine Orientierung der Lohnpolitik an den Produktionsbedingungen der Branche, die – bei der Heterogenität der wirtschaftlichen Situation – vor allem für die Klein- und Mittelbetriebe Belastungsgrenzen setzt. Es gab während dieser Tarifrunde Anzeichen dafür, daß die Gefahr bestand, daß sich der BVD als Gesamtverband auflöst in Zeitungsdruckereien und Akzidenzdruckereien und/oder daß einzelne Regionalverbände ihre tarifpolitische Selbständigkeit behaupten. Eine derartige Entwicklung wäre für die IG Druck und Papier im Interesse einer einheitlichen Politik für die Druckarbeiter von Nachteil gewesen.

3. Die Einbindung in die DGB-Politik: Obwohl die IG Druck und Papier durchaus – wie in diesem Streik – in Teilfragen eigenständige Positionen entwickelt, ist sie als Mitgliedsgewerkschaft des DGB an die damit gegebenen gewerkschaftspolitischen Maßstäbe und das heißt auch an die allgemeine Gewerkschaftspolitik in der gegenwärtigen Krise gebunden. Es ist daher auch ein gewisses Risiko, als Einzelgewerkschaft eine Lohnpolitik zu machen, die indirekt die Abschlüsse anderer Gewerkschaften in Mißkredit bringt und Unruhe in deren Mitgliedschaft auslöst. Ferner gilt, wie eingangs formuliert, der ungeschriebene Grundsatz, daß die Gewerkschaftspolitik insbesondere in einem Wahljahr nicht die politische Loyalität gegenüber der SPD verletzt. Hinzukommt, daß bei der gegenwärtigen Politisierung von Lohnkonflikten und

der Machtzusammenballung auf Seiten des Kapitals, wie sie z. B. in der Personalunion der Führung von BDA und BDI durch Herrn Schleyer zum Ausdruck kommt, eine Einzelgewerkschaft ohne aktive und auch finanzielle Unterstützung des DGB in ihren Handlungsmöglichkeiten sehr eingeschränkt ist.

Unter Abwägung dieser Momente scheint das erzielte Ergebnis den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen zu entsprechen.

Eine weitere Grenze für die Weiterführung des Lohnkampfes war durch die innergewerkschaftlichen Probleme gesetzt. Die Mitglieder sollten zwar mobilisiert und beteiligt werden, aber innerhalb der Grenzen, wo ihre Aktivitäten in die Gesamtkonzeption der Streikführung integrierbar waren. Wohl aus diesem Grunde wurden die Auseinandersetzungen immer dann zurückgeschraubt, wenn mit einer weitergehenden Radikalisierung zu rechnen war (z. B. bei den Polizeieinsätzen) oder wo die Gefahr bestand, daß den Funktionären die Führung aus der Hand genommen würde. Dies war sicher notwendig im Interesse des Ausgleichs zwischen den unterschiedlichen Auffassungen innerhalb des Funktionärskörpers und des Zusammenhalts der Gesamtorganisation, führte aber andererseits zu vielen Widersprüchen und Vermittlungsschwierigkeiten in der Mitgliedschaft, die durch eine stärkere Demokratisierung des gewerkschaftlichen Willensbildungsprozesses vermieden werden könnten.

Ungeklärt bleibt nach wie vor die wichtigste Frage: wie die Druckarbeiter und ihre Gewerkschaft bei den sich fortsetzenden Rationalisierungsprozessen in der Branche ihre Interessen gegenüber dem Kapital durchsetzen können. Als nächste gesamtgewerkschaftliche Auseinandersetzungen stehen noch in diesem Jahr die Verhandlungen um die Tarifierung der OCR- und Bildschirmgeräte und die Neuverhandlung der Spartenanhänge des Manteltarifvertrages an, wo es u. a. um die Maschinenbesetzung und um strukturelle Verbesserungen der Zulagensysteme geht. Unter welchen Bedingungen diese Verhandlungen stattfinden werden und wie sie ausgehen werden, bleibt auch nach diesem Streik völlig offen. Sicher wird viel davon abhängen, ob es gelingt, die in diesem Streik von den Belegschaften gesammelten Erfahrungen und Einsichten zu erhalten, zu vertiefen und in betriebliche Widerstandsaktionen umzusetzen.

Berufsverbote:

Das Aktionskomitee gegen Berufsverbote und das Komitee zur Verteidigung demokratischer Grundrechte haben neu herausgegeben: Stimmen der internationalen Presse. 80 S. 4.- und Dokumente von Berufsverbotsfällen IV. 112 S. 3.-. Außerdem sind lieferbar: Dokumente I, 2.-; Dokumente II, 3.-; Dokumente III, 4.-; Jens A. Brückner, Wie verhalte ich mich bei Berufsverbot, 2.-; Materialien zum Film "Vera Romeyke ist nicht tragbar", 4.-. Alle Broschüren sind vom "Kirschkeim" Buchversand GmbH durch Voreinzahlung des jeweiligen Betrages (plus Porto: 1 Expl. -.70, 2 Expl. 1.20, ab 3 Expl. 2.-) auf das Postscheckkto. Berlin-W. 410561-101 zu beziehen.

